

Caritas-Mitarbeiter wehren sich

Rund 80 Beschäftigte demonstrieren gegen die Absenkung ihrer Löhne



Wollen die drohenden Lohnsenkungen durch die Übernahme der Pflegeheime nicht hinnehmen: Beschäftigte vor der Caritas-Zentrale am Leibnizufer.

Herzog

VON THORSTEN FUCHS

Thomas Schulz macht seine Arbeit gern, und das ist nicht selbstverständlich. 34 Stunden in der Woche kümmert er sich um alte Menschen, oft unter Zeitdruck, am Tag und in der Nacht. Nach dem Zivildienst in der Altenpflege hat er sich für den Beruf entschieden. „Es hat mir Spaß gemacht“, sagt er. Jetzt jedoch sieht er die Freude an seiner Arbeit auf eine harte Probe gestellt. Auf 2400 Euro brutto kam er bislang inklusive Zulagen monatlich. Laut

seinem neuen Vertrag sollen es 215 Euro weniger sein. „Das ist ein Schlag ins Gesicht“, sagt der examinierte Pfleger.

Der 32-Jährige war gestern einer von rund 80 Beschäftigten der Caritas-Heime, die vor der Geschäftsstelle am Leibnizufer gegen die Übernahme der fünf hannoverschen katholischen Heime durch das Evangelische Johannesstift aus Berlin protestierten. Eine Stunde lang hielten sie Plakate in die Höhe mit Aufschriften wie „Minus 13 Prozent: Gute Pflege nichts mehr wert?“, „Westarbeit zum Osttarif – nicht mit uns“ und

„Wir lassen uns nicht verramschen“. Die protestierenden Mitarbeiter waren erobert über den Plan des Johannesstifts, den insgesamt gut 500 Mitarbeitern als Preis für die Rettung vor der Insolvenz niedrigere Löhne zu zahlen. Dass es nicht mehr waren, die gestern dem Aufruf der Gewerkschaft ver.di folgten, führten viele auf die Angst vor Konsequenzen zurück. Kaum einer der Teilnehmer wollte seinen Namen sagen, auch Thomas Schulz heißt in Wirklichkeit anders. Dennoch machten viele anhand ihres Beispiels deutlich, was 13 Prozent weni-

ger Lohn für sie bedeuten. Da war zum Beispiel die 42-jährige Altenpflegerin, seit zehn Jahren bei der Caritas, die bislang 1700 Euro netto bekam. Sollte es zu der Übernahme kommen, würde sie 266 Euro brutto weniger erhalten. „Meine Tochter will nächstes Jahr studieren, ich weiß nicht, wie das alles gehen soll“, sagt sie. Eine 43-jährige Reinigungskraft, 20 Stunden in der Woche beschäftigt, soll nach eigenen Worten auf 170 ihrer bislang 800 Euro verzichten. „Ich habe zwei Kinder, mein Mann ist krank“, sagt sie. „Ich habe auch bisher schon ergänzend Hartz IV bekommen. Aber ich will nicht noch mehr Geld vom Staat nehmen müssen.“

Ein großer Teil der Beschäftigten arbeite in Teilzeit, die Kürzung bringe sie erheblich in Not, sagt ver.di-Sekretärin Brigitte Horn. „Caritas und Diakonie dürfen sich nicht beteiligen an den Lohnspiralen.“ Die Mitarbeitervertretung bekräftigte ihre Forderung, dass die Caritas Gespräche auch mit der hannoverschen Diakonie über eine Übernahme führen solle. Zudem kritisierte Wolfgang Böttcher von der Diözesan-Mitarbeitervertretung Propst Martin Tenge und die Caritas-Spitze wegen der scharfen Vorwürfe gegen die Mitarbeitervertretung der fünf Heime: „Das ist nicht der Stil, den wir uns wünschen, wie in der Kirche miteinander umgegangen wird.“

Den Caritas-Mitarbeitern bleibt bis Ende Juli Zeit, die neuen Verträge zu akzeptieren. Das Johannesstift hat die Übernahme von einer breiten Zustimmung abhängig gemacht. Gestern kündigten zahlreiche Mitarbeiter an, die neuen Verträge nicht unterzeichnen zu wollen.

NACHGEFRAGT

„Gute Pflege soll auch gut bezahlt werden“

Frau Ross-Luttmann, alle tarifgebundenen Heimbetreiber klagen über zu niedrige Pflegesätze. Was kann die Landesregierung tun, um für Abhilfe zu sorgen? Es gab ja schon ein Gespräch mit Pflegekassen, dem neuen Pflegebündnis und Ihrem Ministerium.

Auf die Höhe der Pflegesätze hat die Landesregierung keinen direkten Einfluss. Am Verhandlungstisch sitzen Heimbetreiber und Pflegekassen sowie die Landkreise als örtliche Sozialhilfeträger. Das Sozialministerium ist in dieser Angelegenheit moderierend tätig. Unter unserer Moderation haben sich Pflegekassen und kommunale Spitzenverbände darauf verständigt,



Sozialministerin
Mechthild
Ross-Luttmann

dass die Pflegekassen eine Empfehlung für ein vereinfachtes Verfahren abgeben, mit dem Pflegeheimen die Chance eröffnet wird, zu einer moderaten Erhöhung ihrer Pflegesätze zu kommen. Das Sozialministerium wird mit den Verbänden, den Kassen und Kommunen im Gespräch bleiben. Ich halte es überdies für richtig, dass gute Pflege auch gut bezahlt wird.

Könnte eine umlagefinanzierte Ausbildung von Altenpflegern eine Entlastung für ausbildende Heimbetreiber bringen, die in der Regel ja tarifgebundene Unternehmen sind?

Aufgrund des demographischen Wandels und einer immer älter werdenden Bevölkerung sind wir darauf angewie-

sen, auch zukünftig Nachwuchs in der Pflege zu bekommen. Deshalb ist es mir wichtig, den Beruf attraktiv zu gestalten. Ich möchte diejenigen fördern, die noch ausbilden. Vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltsgesetzgebers möchte ich Ausbildungsplätze in der Altenpflege in Niedersachsen finanziell mit einer Pauschale fördern.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert eine Differenzierung der Pflegesätze von tarifungebundenen und tarifierten Heimbetreibern. Wäre das eine mögliche Lösung des Problems?

Nach einem höchstrichterlichen Urteil des Bundessozialgerichts vom Januar 2009 wäre eine solche Differenzierung gesetzeswidrig.

Interview: Veronika Thomas